

Irritationen bei CDU und Grünen nehmen zu

VON PETER CLEMENT

LEVERKUSEN Die Frage nach der finanziellen Gleichstellung der städtischen Wochenmärkte mit drei privat betriebenen könnte sich zum Zankapfel zwischen den Leverkusener Grünen und zumindest Teilen ihres Bündnispartners CDU entwickeln. Dies legt ein Antrag nahe, den der CDU Ratsherr und erste Bürgermeister Bernhard Marewski jetzt gestellt hat – nicht etwa für seine Fraktion oder gar das Ratsbündnis, sondern als Einzelantrag.

Leverkusen will seine Märkte privatisieren. Zum 1. Juli sollen die städtischen Wochenmärkte an die Deutsche Marktgilde übertragen werden. So hatte es der Stadtrat beschlossen. Laut Vorlage zahlt die Marktgilde zukünftig eine jährliche

Konzessionsabgabe in Höhe von 5.400 Euro. Weil aber die Werbegemeinschaft Schlebusch für ihren Bauernmarkt jährlich zwischen 12.000 und 15.000 Euro an Sondernutzungsgebühren zahlt, hatte die Stadt sich bereit erklärt, dieser privat organisierten aber wichtigen Veranstaltung sowie dem Wiesdorfer Wochenmarkt und dem Opladener Frischemarkt entgegenzukommen. Vorgeschlagen wurde eine 50-prozentige Reduzierung der bislang geforderten Gebühr.

Am Rande der Sitzung des Bürger- und Umweltausschusses sprach Marewski den Vertreter der Stadt an und argumentierte für einen 90-prozentigen Gebührenerlass. Die Verwaltung erklärte sich bereit dazu, zumal sie durch die Änderungen im Gesamtergebnis immer noch Einnahmeverbesserungen von 25.000 Euro pro Jahr erzielt.

Doch offensichtlich gibt es im schwarz-grünen Ratsbündnis unterschiedliche Ansichten, was diesen Änderungsantrag betrifft. Die Grünen versagten ihre Zustimmung

rundheraus – ungeachtet der positiven Bewertung durch die Stadt. Sie ließen wissen, sie hätten lieber die ursprüngliche 50-Prozent-Variante, allerdings mit einer Überprüfung nach zwei Jahren.

Daraufhin stellte Marewski den Antrag allein. Er verweist darauf, sein Antrag entspreche letztlich dem Willen der Bezirksvertretung sowie dem Ratsbeschluss vom 3. April diesen Jahres. „Mein Vorschlag ist nach der Sitzung des Ausschusses für Bürger und Umwelt mit der Verwaltung positiv diskutiert worden. Die Verwaltung hat keine Bedenken. All das ist gegenüber den Grünen kommuniziert worden“, betont der Bürgermeister.

Die jetzt gefundene Lösung entspreche nicht nur dem vorliegenden Ratsbeschluss, sie werde vor allem auch den Marktbetreibern der Wochen-/Bauern-/Frishemärkte in Wiesdorf, Schlebusch und Opladen gerecht. Marewski: „Zu einer solchen gedeihlichen Lösungsfindung sehe ich mich als Ratsmitglied aber auch als Erster Bürgermeister der

Stadt Leverkusen verpflichtet.“

Die Irritationen dürften von den anderen Parteien genau beobachtet werden. Erst vor gut einer Woche hatte die Wählergemeinschaft OP plus ihr Bündnis mit den Grünen und der CDU aufgekündigt.